

Westungar

Städtische Generalversammlung.

Bei schwachem Besuch eröffnete gestern nachmittags 3 Uhr Bürgermeister Egl. Rat Broilly die ordentliche Augustgeneralversammlung unseres städtischen Municipalausschusses. Es gab langwierige Debatten noch bevor man zur Behandlung der Tagesordnung schritt, gab es doch eine dringliche Interpellation und zahlreiche Separatanträge zu erledigen, deren Wichtigkeit und Aktualität gewiß nicht abgeleugnet werden kann. Zunächst interpellierte Repr. Fleischner den Bürgermeister wegen der

hohen Gemüse- und Fleischpreise.

Redner wies darauf hin, daß das Gemüse bei uns doppelt so hoch im Preise stehe, als selbst wie eine Preistabelle der Stadt Wien befaßt in der Haupt- und Residenzstadt Oesterreichs, die sozusagen völlig auf den Import angewiesen ist. So kostete in Wien Kohl 24-38 Heller, während er hier in Pozsony um 60 Heller bezahlt werden mußte. Auch was das Fleisch betrifft seien die Verhältnisse ähnliche, so sei Kalbfleisch in den Ortschaften der nächsten Umgebung von Pozsony um 5 Kr. 20, Rindfleisch um 4 Kr. 80 zu haben und wäre auch zu bekommen, wie Redner von guter Quelle wisse. Repr. Fleischner meint auch, es wäre gut, eine Kommission aus sachverständigen Landwirten zu schaffen, die in Approvisionierungsfragen als Beirat dienen könnte. Dann könnte es doch nicht vorzukommen, daß so viele Kartoffel zu Grunde gingen, wie es geschah und man hätte auch vielleicht nicht die Erbsenerbsen von 17 Joch angekauft, von denen ebenfalls große Quantitäten vernichtet werden mußten. Redner meint schließlich, es sollten die hiesigen Großgärtner aufgefordert werden, ihre Produkte nicht nach Wien zu verkaufen, sondern auf den Pozsonyer Platz zu bringen.

Der Referent der Approvisionierungssektion Hon. Vizepräsident Moravetz bemerkt, daß die in Wien ausgegebenen Marktcarfe durchaus nicht eingehalten werden, das seien nur gleichsam Richtpreise, die jedoch zu nichts verpflichten. In Wahrheit werden in Wien viel höhere Preise, wie bei uns für das Gemüse gezahlt. Auch könne nicht abgeleugnet werden, daß bei uns in gewissen Gemüsesorten eine Ueberproduktion

herrsche, so daß hier nicht alle Mengen verkauft werden können. Was das Fleisch betrifft, so würden wir von auswärts nur Jungvieh, milderes Fleisch bekommen, das wir eigentlich doppelt so teuer bezahlen müßten als bei den Pozsonyer Fleischhauern. Ueberdies wären zur Aufarbeitung Aushilfskräfte notwendig, die nicht zu beschaffen sind. Man möge übrigens überzeugt sein, daß alles unternommen wird, um die Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versorgen. Was die von Repr. Fleischner urgieren Sachleute betrifft, so lägen in der Approvisionierungskommission Fachmänner genug.

Repr. Fleischner nimmt die Antwort zur Kenntnis.

Bürgermeister Egl. Rat Broilly sagt, die Herren Repräsentanten erzählen immer, sie hätten da oder dort gehört, wie die Stadt zu billigen Lebensmitteln käme, fragt man aber, wer das erzählt hat, weiß Niemand Auskunft zu geben.

Repr. Fleischner: Der Herr Bürgermeister hat recht, ich werde ihm aber unter vier Augen meine Quelle mitteilen. (Beifall.)

Damit ist die Interpellation erledigt.

Die Kohlenfrage.

Die Repräsentanten Bäumler, Herrmann und Genossen stellten den bereits veröffentlichten Antrag, die Generalversammlung möge in Betrachtziehung des Umstandes, daß die Regierung die Kohlenversorgung der Stadt betreffend nichts unternimmt, beschließen, jede Verantwortung für die Zukunft abzulehnen. (Beifall.)

Zweiter Bürgermeister Theodor Kumlitz verliest eine eingehend motivierte Vorstellung an den Minister des Innern, die Bürgermeister Egl. Rat Broilly persönlich demselben überreicht hat und in welcher alle die bevorstehenden katastrophalen Misereen geschildert werden, die eintreten müssen, falls die Stadtgemeinde nicht genügend mit Kohle versorgt wird.

Repr. Stetelhuber glaubt, daß die von den Repr. Bäumler, Herrmann und Genossen vorgeschlagene Rundgebung eigentlich nur einen theoretischen Wert hat, die er nicht unterstützen könne. Man müsse andere Wege einschlagen. Er labora heißt es: Bitten gehen und arbeiten. Es möge deshalb eine Deputation an den Minister entsendet werden, die ihm nicht schmeihselnd kommt, sondern im Vollbewußtsein ihrer Pflicht gegenüber der Bevölkerung. Es möge aber auch eine Konfiskation der Kohlenvorräte bei Hoch und Nieder, Arm und Reich angeordnet werden, denn in Pozsony werden gar gewaltige Mengen von Kohle gehamstert. Geschieht das, werden einfach in 7zimmerigen Wohnungen nur 5, in 5zimmerigen nur 3 und in 3zimmerigen Wohnungen nur 1 Raum geheizt werden. Da aber mehr Augen mehr sehen, wünscht Redner die Entsendung einer Kommission, die in dieser Angelegenheit ihre Erfahrungen ins Treffen führen soll.

Repr. Wiener unterstützt den Antrag Stetelhubers, denn wenn eine Kohlenmenge von 2 Waggons pro Tag requiriert werden könnte, brauchte die Bevölkerung die so notwendigen Gaslöcher nicht entbehren. Von einer Deputation verspreche sich Redner keinen großen Erfolg, akzeptiert aber auch diesen Antrag Stetelhubers.

Bürgermeister Egl. Rat Broilly ersucht zunächst, von der Entsendung einer Deputation abzusehen. Der neue Obergespan sei bereits informiert über die Verhältnisse und habe auch erklärt, das Verlangen der Stadt in seinem Wirkungskreise zu unterstützen. Samstag findet die Installation statt, man möge deshalb abwarten. Uebrigens sei Alles geschehen, was Repr. Stetelhuber wünschte. Die Egl. ung. Staatsbahnen werden aufgefordert, einzuberichten, für wem Kohle einlangte und desgleichen wird auch das städtische Bagamt aufgefordert, die Namen der Parteien, welche Kohle bezogen, dem Bürgermeister bekannt zu geben. Solcher Art kann, wenn nötig, dann auch an eine Requirierung geschritten werden. Uebrigens ist von nun ab Jedermann verpflichtet, auf den Approvisionierungsbögen auch seinen Kohlenvorrat anzugeben und ab 1. September werden auch Kohlenkarten ausgegeben. Was die von Repr. Stetelhuber gewünschte Kommission betrifft, möge er selbst eine Liste unterbreiten und da der Antragsteller meint, das dem Bürgermeister zu überlassen, ersucht Egl. Rat Broilly alle Jene, die mitwirken wollen, sich zu melden. (Allgemeine Zustimmung.)

Anschließend an diesen einstimmig erledigten Gegenstand wird der Antrag des Repr. Prof.

Sebesthen, die Stadtgemeinde möge den Minister ersuchen, daß auch das B a d i s o n mit Kohle versorgt werde, angenommen.

Ausfuhrverbot auf Lebensmittel.

Es liegt ein Antrag des Repr. Wittich vor, der strengstes Ausfuhrverbot für alle Lebensmittel fordert. Der Antrag wird angenommen, wie auch der Antrag auf Errichtung einer städtischen Schusterei, wie sie anderwärts betrieben wird. Der Antragsteller meint zwar, daß Gefangene für die Arbeiten verwendet werden könnten, der Bürgermeister meint jedoch, es möge Jeder beschafft werden und die hiesigen Schustermeister mit den Reparaturen betraut werden.

Nachdem noch mehrere Gegenstände erledigt werden, folgt

die Holzfrage.

Mit lebhafter Zustimmung nahm die Generalversammlung den Bericht entgegen, daß die Stadtgemeinde von Szafesfeherbar 600 Waggons Brennholz ankauft. Einstimmig wurde auch der Vorschlag angenommen, wonach das städtische Holz nach Gewicht in Verkauf gebracht werden soll. Eine lebhafte Debatte entstand jedoch darüber, welches das Mindestquantum sein soll, das die Stadt zum Verkaufe bringt. (Der Magistrat beantragte 10 Meterzentner, d. i. eine halbe Klafter.) Die Redner Franz Neumann, Franz Tavarik, Friedrich Duschinsky, Paul Wittich, Jakob Dujchnit, Julius Herzmann, Dr. Gabriel Urban, Otto Sziklai und Johann Kitzel wünschten, daß mit Rücksicht auf die ärmeren Klassen auch 2 Meterzentner verkauft werden mögen; Franz Neumann wollte sogar eine Herabsetzung des Mindestquantums auf 25 Klg. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden, weshalb der Magistrat beauftragt wurde, Vorschläge auszuarbeiten, wie man das städtische Holz in geringeren Mengen verkaufen könne.

Das Ansuchen des Hon. Magistratsrates Karl Mann und Genossen, daß ihre bei der in 1912 erfolgten Gehaltsaufbesserung aufgehobenen Personalzulagen neuerlich flüssig gemacht werden mögen, wurde nach langer Debatte in Schwebe belassen. Man beschloß darüber in der nächsten Generalversammlung zu entscheiden und die Personalzulage nur jenen Beamten zu votieren, deren Namen im Verhältnis zu damals sich wesentlich vermehrt haben.

Die Generalversammlung wurde um halb 7 Uhr beendet.